

Rede zum Haushalt 2018 am 15. Februar 2018

Anrede!

Zunächst möchte ich eine Anmerkung zum Ablauf des Verfahrens machen. In zwei Ausschüssen wurde der Haushalt überhaupt nicht beraten, in Bau- und Sozial-Ausschuss stand er wenigstens auf der Tagesordnung, allerdings ohne dass die Budgets im Einzelnen aufgerufen wurden. Sicherlich kann einem normalen Abgeordneten in keinem Parlament zugemutet werden, sich mit einem Gesamthaushalt von über 500 Seiten zu befassen, aber in seinem jeweiligen Spezialbereich sollte das doch schon geschehen. Deshalb wäre es gut, wenn in den Ausschüssen beraten worden wäre.

Ich werde das Ganze im nächsten Ältestenrat wieder aufgreifen. Man kann sich darüber unterhalten, den Haushalt wie in einigen unserer Nachbar--Gemeinden ausschließlich im Haupt- und Finanz-Ausschuss zu beraten. Aber dann nicht in der bisher hier üblichen Form – alles nur in einer einzigen Sitzung und auch darin nur die Vorstellung der Anträge und keine Beschlussfassung und das zu einem Zeitpunkt, in dem bei weitem noch nicht alle Anträge überhaupt vorlagen. Das ist keine parlamentarische Beratung eines Haushaltes.

Wenn schon nur in einem Ausschuss, dann aber dort in mehreren Sitzungen bis alle Punkte beraten worden sind. Dazu muss dann auch ein fester Termin für die Antragstellung gegeben sein.

Bürgermeister und Kämmerer standen uns dankenswerter Weise für Fragen zur Verfügung, aber das ersetzt keine parlamentarische Diskussion mit anderen Parteien.

Zum HH selbst: Dieses ist erkennbar ein HH des Stillstandes, der Verwaltung des Vorhandenen, des „Weiter So“. Schon im Vorbericht vermisst man jeden Hinweis auf die zukünftige Entwicklung der Stadt. Dem Magistrat und den ihn tragenden Mehrheitsparteien fehlt offensichtlich eine Vision für die weitere Entwicklung von Groß-Umstadt. Wer solche Visionen nicht an sich heranlässt, der versinkt im bürokratischen Mittelmaß. Mit einigen unserer wenigen Anträge versuchen wir dem etwas entgegenzusteuern (Wegfall der Nordspange = grundlegend neues Verkehrskonzept, Gruberhof = Neuordnung der Kulturlandschaft, Christophorus-Gesellschaft = zukunftssträchtiger sozialer Wohnungsbau). Wir haben also Vorstellungen von der zukünftigen Entwicklung

unserer Stadt. Wir wollen sie für junge Familien attraktiv machen auf allen dazu gehörenden Feldern wie Kindergarten bis Kultur und Lebensabend.

Wir wollen dazu mehr Grundstücke erschließen und die Finanzkraft der Stadt dazu stärken. (Erste Andeutungen dazu haben wir dem Bürgermeister gemacht). Wir lassen uns auch nicht entmutigen durch die Ablehnung unserer Vorstellungen wie der Entwicklung des Stadion- und Schwimmbad-Bereiches als angeblich zu groß, für Groß-Umstadt nicht passend, zu ungeklärt. Wer nur Kleines denkt, wird Großes nicht bewegen.

Jedem Außenstehenden, der sich objektiv mit unserem HH befasst, fällt sofort der aufgeblähte Personal-Haushalt auf. Wir waren zur Klausur in Künzell/Fulda – 3000 Einwohner weniger, acht Ortsteile, acht Feuerwehren, acht Gemeinschaftshäuser – alles wie hier. Aber nur 130 Beschäftigte (wir mit 242 fast doppelt so viel), Grundsteuer B mit 270 (wir 525), Wasserpreis 1.31 E (wir 181). Haushaltsüberschuss: 1 Million!. (Was der frühere Leiter des Sozialamtes allein geschafft hat, wird heute von drei Personen gemacht)

Ein weiteres Problem unseres Haushaltes: Die hohen Kosten der Wasser-Wirtschaft mit unübersehbaren Risiken für die Zukunft. Zwar gelten die im HH 2018 stehenden Kosten bereits als eingepreist, aber um wie viel besser stände unser HH da und wie viel geringer wären die Belastungen der Raibacher Anlieger für die neuen Hausanschlüsse der geplanten Leitungssanierungen, wenn wir Mitglied des Wasserzweckverbandes geworden wären.

Und erst einmal für die kommenden Jahre: Die Sperrung der Raibacher Ortsdurchfahrt bis hinauf zum Binselberg bis 2024 wird zu massiven Gebührenerhöhungen für unsere Bürger führen. Nach Mitteilungen der Verwaltung im letzten Bau-Ausschuss müssen sowohl Straße als auch die Wasserleitungen grunderneuert werden, wegen Unkenntnis des Zustandes, zu kleiner Dimensionierung und Undichten. Die Unkenntnis der Verwaltung über den Netz-Zustand war eines der Argumente, warum wir für die Übergabe an den Wasserverband eingetreten sind. Damals hat man das bestritten, jetzt muss man es zugeben. Dazu kommen je 20.000 E für Ankäufe von Wasserzählern und Wasseranschlüssen, 25.000 E für Kanal Hausanschlüsse und noch einmal 50.000 E für den Kanal in der Hintergasse, sowie weitere 20.000 E für Planung Wasserversorgung und neue Wasserhausanschlüsse, von der Erneuerung der Zuleitungen Wiebelsbach und Schöllkopfhöfe ganz zu

schweigen (je 100.000 E). Wären wir im Wasserverband, hätten wir die Sorgen nicht.

Die StVV hat seinerzeit die Grundsteuer B erhöht, um Straßenbeiträge zu vermeiden. Deshalb wollten wir auch wissen, wie viel Geld in den letzten zehn Jahren für Straßenreparaturen und Instandsetzungen ausgegeben und wie viel abgeschrieben wurde.

Das hat man uns unter Verweis auf die aufwendigen Feststellungen verweigert. Wir hätten sonst wahrscheinlich festgestellt, dass die Investitionen fundamental geringer waren als die Abschreibungen insgesamt. Der Überschuss aus den Steuereinnahmen wurde im allgemeinen HH versenkt. Das setzt sich fort bis in diesen HH.

Noch Eines möchte ich anmerken: Angesichts des Zahlungsmittelbestandes liegt die Vermutung nahe, dass Kredite ohne Bedarf aufgenommen wurden. Ende 2016 hatten wir gerundet 12.7 Mio Cash flow, Ende 2017 1,6 Mio und für 2018 sind 8,8 Mio vorgesehen – jeweils zum Ende des HH-Jahres (nachgewiesen S. 42 +43). Diese Beträge könnten wir ausgeben, tun es aber nicht, weil die Projekte aus welchen Gründen auch immer nicht vorankommen. Wenn so viel Geld voraussichtlich nicht abfließt, benötigt man eigentlich keine Kreditmittel. Kredite sind immer geliehenes Kapital und unser Darlehens-Bestand liegt jetzt schon bei 35.5 Mio E. (S.22). Irgendwann werden sie fällig. Ohne Kreditaufnahmen hätten wir noch einen Zahlungsmittelbestand gehabt von gerundet 12.7 Mio (2016), 7Mio (2017) und ca. 400.000 E zum Ende dieses HH-Jahres. Mit der 3.8 Mio Kreditaufnahme (laut Satzung) sollte man also sehr behutsam umgehen. Es liegt wohl auch an der Art der Buchung. Wenn man nicht nach Stichtag, sondern bis zu zwei Jahre zurück auf das Projekt bucht, wird man den tatsächlichen Kreditbedarf nie relativ zuverlässig feststellen. Es macht sich eben bemerkbar, dass der Jahresabschluss 2016 nicht fertig gestellt ist.

Wer einen so hohen Zahlungsmittelbestand ausweist, der könnte auch die Grundsteuer B senken. Dem entsprechenden CDU-Antrag werden wir zustimmen.

(An den BM: Die Berechnungen scheinen zudem ungenau: Auf S.500 werden zwar die 8.8.Mio für 2018 zusammengefasst, aber die Ausgangslage mit 5.4 Mio für 2016 ist nicht nachvollziehbar. Da wurde wohl nicht richtig gerechnet und ich wäre für eine Überprüfung dankbar.)

Zu den Investitionen gäbe es noch vieles anzumerken, das behalten wir uns für die kommenden Sitzungen vor, eingeschlossen solcher Themen wie Senio-Verband. Unsere Anträge werden von meinen Freunden und mir bei ihrem Aufruf begründet, ebenso wie die Stellungnahmen zu den anderen Anträgen jeweils bei deren Aufruf erfolgen.

Fritz Roth (Fraktionsvorsitzender FDP)